

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abendblatt mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Willen, Kunst und Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Vorkurs monatlich 80 Pf. In der Post bezogen monatlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Grenzgebiete 3.—. Erscheint tags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Brunsstraße 21, U. Telefon 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Brunsstraße 21. Telefon 1763. Verkaufszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeitspalte mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 30 Pf. Inserate müssen bis spätestens 10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 45.

Dresden, Mittwoch den 24. Februar 1909.

20. Jahrg.

Die Stunde der Entscheidung.

Am Donnerstag soll der Steueraussschuß des Reichstags wieder zusammentreten, um aus dem Runderntsausschuß zu vernehmen, was man in geheimen Verhandlungen hinter den Kulissen abgemacht hat. Wir den Inhalt des ungeheuerlichen Planes unseren Lesern ausführlich mitteilen. Unsere Stellung zu der Sache überflüssig zu geben: Mit jedem parlamentarischen werden wir den Plan der Agrarier und des mit ihnen verbundenen Zentrums bekämpfen, die Lasten der sogenannten Reform ausschließlich mit Hilfe von indirekten Steuern auf die Schultern der breiten Masse abzuwälzen und zu dieser Gewalttat noch den Hoch hinzuzufügen, von einer Gleichung der Besitzenden im Wege einzelstaatlicher Besteuerung zu reden.

Wie fest wir aber auch entschlossen sein mögen, nichts scheuen, um diesen Plan zum Scheitern zu bringen, wir uns doch nicht verhehlen, daß unsere Kraft im Grunde nicht stark genug ist, unseren Willen durchzusetzen. In der nächsten Sitzung mit ihren Anhängern bilden wir ein Zentrum zusammen eine Mehrheit, die — wenn sie das zu wagen will — ihre Absichten durchzuführen in der Lage wäre; es ist aber mehr als unwahrscheinlich, daß dies Verfahren beliebt wird, weil dadurch die ganze Politik der Regierung seit der letzten Reichstagswahl über den Haufen geworfen würde und besonders, weil die Regierung nicht jede Rücksicht auf die in der nationalen Partei stehenden Befürworter der Großbanken aus den Augen lassen darf. Schließlich ist auch zu erwägen, daß die Wahlen auf das Kompromiß in seiner heutigen Form nicht werden eingehen können, wenn sie nicht für die nächsten Jahre ihre Etats den schwersten Erschütterungen aussetzen.

Die Sache wird sich wahrscheinlich so abspielen, daß von Kompromiß in der einen oder anderen Weise etwas abgemacht wird, irgendwelches Lebensfähiges natürlich, damit der Kampf vor seinen Wählern gedeckt erscheint und die Agrarier ihren Willen durchsetzen. Bei den Agrariern ist es gewiß, daß sie die Manier des Ferkelhandels auch im parlamentarischen Geschäft anwenden. Hier gilt es zu zeigen, daß der Liberalismus nicht vor einer solchen Stunde die Augen schließt. Wenn er sich dazu hergibt, abgemachten Form des unverschämten agrarischen Ferkelhandels zuzustimmen, muß die volle Schärfe der Verteilung im Treffen.

Die wahrhaft jämmerliche Haltung der Freisinnigen und Agrarier hat veranlaßt, daß von Anfang an die Frage des Abbaus der Volkrechte aus der Verbindung mit der Steuerreform ausgeschlossen wurde. Den „Staatsparlament“ vom Schloß der Müller und Wiener war im Bloß die Erkenntnis abhandeln gekommen, daß alle modernen Agrarier eine Erweiterung ihrer Rechte nur in den Zeiten der Krise der herrschenden Klasse durchzusetzen haben; Stimmzettel des Bloßaders Bülow hatte genügt, um sie dem freizehlichen Gehör abzugeben, die Verwerfung der dreiklassenwahlrecht bei dieser Gelegenheit zu wollen. Hier ist nun nichts mehr nachzuholen. Die gegenwärtige endgültig verfaßt: in das Schuldbuch des Liberalismus wird diese Unterlassung die Unterstrichen eingetragen.

Aber etwas anderes haben in feierlichen Erklärungen Führer der liberalen Volkspartei immer und immer wieder ausgesprochen, nämlich, daß sie keiner Erhöhung der direkten Steuern zustimmen würden, wenn nicht gleichzeitig die indirekten durch eine direkte Steuer zu den Lasten des Volkes mit herangezogen würden. In einer programmatischen Darlegung, die Dr. Müller-Meiningen schon im September 1908 in der Neuen Presse veröffentlichte, heißt es, daß die Freisinnigen sei: „Küchlein der Hürden, die aus der Wendigkeit der Erhöhung der Abgaben auf Konsumgüter entstehen, durch stärkere Beziehung der Leistungsgüter (Vorzugsrechte), deren Berechtigung mehr als zweifelhaft ist und weiterhin: Unser Standpunkt ist im übrigen in der Vergangenheit klar gezeichnet: Wir können eine Wirtschaftspolitik, die seit Jahrzehnten nur einseitig zugunsten einzelner Klassen geführt wurde, jetzt natürlich nicht beibehalten, aber wir müssen die fast völlige Beseitigung wirtschaftlicher Vorrechte (Vorzugsrechte) wie der „Branntweinabgaben“ im Sinne dieser neuen Steuergebung mit aller Entschiedenheit verlangen, wenn wir die großen politischen und nationalen Opfer, die man uns sonst bei dieser Gelegenheit zu bringen sollen. Kein Monopol, aber Vereinfachung der Branntweinsteuergebung und Erhöhung der Verbrauchsteuer.“

Die zweite Forderung, die wir (berühmt) zuletzt bei der Hottelvorlage des Jahres 1908 im Antrag formulierten, betrifft die stärkere direkte Besteuerung des Vermögens. Am besten würde die Reichsvermögenssteuer eignen, die in Prozenten eines malteses jährlich vom Parlament zu bewilligen wäre, nach dem unsere Anträge bezüglich der Vermögensmaxima der Lotterien, Kasse, und Leasing seinerzeit abgelehnt hat. In irgendeinem anderen Weg, der Faktor aber ist es für das Parlament nicht, wenn nicht

erst recht die Verschwendungssucht einzelner Ressorts Platz greifen soll.“

Das ist klar und deutlich. Genau in demselben Sinne haben sich die Vertreter der freisinnigen Parteien und der Führer der süddeutschen Volkspartei, Abgeordneter Bayer, im November 1908 bei der ersten Lesung der Steuerreform ausgesprochen. Keine Maus heißt davon einen Faden ab. Wir sind entschlossen, die Freisinnigen bei ihrem Wort zu nehmen. Wenn sie hier versagen, kündigen wir Ihnen schon heute den Kampfaufmarsch an. Von jeher haben wir den Standpunkt vertreten, daß jede freiheitliche Bewegung im deutschen Bürgertum Unterstützung und Förderung von der Sozialdemokratie erfahren solle; wir haben auch durch die Tat bewiesen, daß es uns ernst damit ist, denn jahrelang hat die halbe freisinnige Partei im Reichstagsüberhaupt nur von der Hilfe der Sozialdemokratie geredet. Aber wenn der Freisinn in bedingungslos unter das Joch des agrarischen Uebermuts kriecht, hat er die letzte Existenzberechtigung verloren und muß zur Klärung des Geschickes dieses Reiches aus der Reichspolitik ausgeschlossen werden.

Die Ergebnisse der jetzt eben abgeschlossenen Berufungssitzung lehren, daß von allen Hauptgewerben die Landwirtschaft allein einen jährlichen Rückgang zu verzeichnen hatte: ihre Bedeutung im Leben unserer Nation sinkt, während die Bedeutung der Industrie und des Handels, sowie der freien Berufe wächst. Aus diesen unumwiderrlichen Tatsachen haben wir und hat das Bürgertum die notwendigen Schlussfolgerungen zu ziehen. Es ist ganz sicher, daß wir die weitesten Kreise des arbeitenden antiagrarisch empfindenden Bürgertums auf unserer Seite haben werden, wenn der Freisinn, der eine betrübliche Haltung in den Steuerfragen, eine Exekution in dem angegebenen Sinne mitwilling beauftragt. Das Varietäts der Bloßpolitik, die aus nichts anderem als aus Verbot liberaler Forderungen bestand, zieht nicht mehr im Lande; die durch unheimliche Steuerprojekte aufgeschreckten Unternehmer können in diesen Fragen vollständig mit den Arbeitern zusammenschließen und pflegen sich auch nicht durch Willkürliche Sentimentalitäten in Entschlüssen wandern lassen, die sie ihnen aus der Lage ihres Gewerbes notwendig aufzudrängen.

Nach ist es Zeit, daß die liberalen Parteien den schmachvollen Ueberfall der verdünnten Agrarier mit uns zusammen zurückweisen; wir haben sie auf die Folge einer betrüblichen Haltung aufmerksam gemacht — nun wollen wir sehen, was uns der Donnerstag und die folgenden Tage bringen.

Die Erben gegen die Wissenschaft.

Wäre Szenen spielten sich in der Generalversammlung der schützvereiner „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftskassareformer“ ab, die am Dienstag in Berlin abgehalten wurde. Der greise Professor der Nationalökonomie an der Berliner Universität, Geheimrat Adolf Wagner, ein Mann von langjährigem Ueberzeugungen und langjährigem Ansehen der genannten Vereinigung, wurde plötzlich in seltener, persönlich beleidigt und heruntergeholt, weil er für die Besteuerung der großen Erbschaften im Sinne der Regierungsvorlage eingetreten war.

Gegner, die in eine Versammlung kommen, um ihre Ueberzeugung öffentlich zu vertreten, am Neben zu verhandeln, ist immer eine große Ungehörigkeit. Wenn es sich, wie im Falle Adolf Wagner, um einen 72-jährigen Mann, um einen Gelehrten von Ruf, um einen bisherigen näheren Gefinnungsgenossen der Versammlung handelt — wenn ein solcher Mann statt angehört und nach Möglichkeit überredet, niedergebittelt und niedergebittelt wird, nur weil er sich erlaubt, einmal in einem besonderen Falle anderer Meinung zu sein als die übergroße Mehrheit der Versammlung, so ist das ein Akt von geradezu abstoßender Rohheit und Ormeinheit.

Die Namen derer, die diesen widerigen Skandal verursachten, werden sich leider kaum erulieren lassen. Es genügt, festzustellen, daß der Vorstehende Graf Mirbach-Sorquitten sich in seiner Weise bemüht gezeigt hat, den greisen Gelehrten vor dem unanständigen Treiben dieser Skandalmacher zu schützen. Um aber dem „ungebildeten Arbeiter“ eine Vorstellung von dem „gebildeten“ Milieu zu geben, in dem sich diese Szenen abspielten, seien wenigstens die Namen der Herren genannt, die an der Spitze der „Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftskassareformer“ stehen.

Der Vorstand besteht aus den Herren: Freiherr v. Mantzuffel, Präsident des preussischen Herrenhauses, Graf Mirbach-Sorquitten, Freiherr v. Frege-Belgien.

Das engere Komitee bilden mit den Vorgenannten zusammen die Herren: Freiherr v. Erffa, Graf Schulenburg-Grünthal, Graf Schwerin-Admiral.

Zum Ausschuss gehören u. a.: Graf Dönhoff-Friedrichstein, Graf Kanitz, Graf Arnim-Volggenburg, Graf Arnim-Rustau, v. Buch, v. Alping, v. Waldow-Reichenstein, v. d. Osten, v. Esbeck-Platen, v. Krüger, Präsident des Abgeordnetenhauses, und die beiden besonnen konservativen Parteiführer Sachse-Rehner und v. Dpl.

Die sämtlichen Titel der Herren können natürlich nicht angeführt werden, sie würden mehrere Spalten des Blattes füllen. Die meisten sind Herrenhausmitglieder, königliche Kammerherren, Fideikommiss-Inhaber u. s. w. Gefinnungs- und Klassenangehöriger dieser Herren waren es, die den Skandal im Berliner Künstlerhaus verursachten. In ihrer Gesellschaft, unter ihrer Verantwortung wurde ein greiser Gelehrter moralisch mißhandelt, weil er eine — Regierungsvorlage gegen die fanatische Habgucht dieser Herrschaften zu verteidigen wagte.

Ihre „Freunde“, Herr Reichskanzler!

Professor Adolf Wagner führte in seiner Rede nach einer agrarischen Parodie eines Herrn v. Gerlach aus:

Ich sage ganz fest heraus, die Nachlag- und Erbschaftsteuer halte ich für notwendig, da wir keine besseren direkten Steuern im Deutschen Reich erhalten können. (Lebhafte Widerspruch.) Eine bessere Steuer wäre eine direkte Einkommen- und Vermögenssteuer, aber die können wir aus den bekannten Gründen nicht einführen. In dem Gerlach'schen Vortrag habe ich etwas vermisst, er hat immer nur mit den bestehenden indirekten Steuern geredet und nicht mit den neuen indirekten Steuern, die kommen sollen. Gätte er das getan, würde er abermals eine starke Belastung der Massen haben konstatieren müssen. Darüber ging er aber hinweg. Er sagte, es wäre eine Frage, daß die indirekten Verbrauchssteuern die Massen belasten. In der Tat aber wird relativ die Masse der Bevölkerung viel schwerer getroffen als die wohlhabenden Klassen. (Lebhafte Widerspruch.) Darüber kann kein Zweifel sein. Die unentbehrlichen und notwendigen Agrarabgaben haben auch bei uns im Durchschnitt zur Erhöhung der Preise geführt, und diese Erhöhung machte sich wieder bei den Massen fühlbar. (Widerpruch.) Es kann keinen Zweifel unterliegen, daß, wenn wir auf das Einkommen des kleinen und mittleren Mannes die indirekten Verbrauchssteuern abnehmen, wir relativ eine viel höhere Summe des Einkommens als bei den Wohlhabenden und Reichen, (Stürmischer Widerspruch.) Es ist sehr schwer, genau zu berechnen, wie die Höhe und Verbrauchssteuern wirken. Aber sicher bleibt im großen und ganzen eine Verteuerung der betreffenden Gegenstände übrig. Dazu trägt der kleine Mann im Verhältnis mit seinem Einkommen viel mehr bei. (Lebhafte Widerspruch.) Wir müssen hinzufügen, daß wir uns nicht darauf beschränken dürfen, bloß das höhere Einkommen zu berechnen, wir müssen sagen, die Steuer soll sich richten nach dem, was nach Abzug der notwendigen Ausgaben frei bleibt. Was ist es aber, was bei dem kleinen Mann als freies Einkommen übrig bleibt? Es bleibt ihm für bessere materielle oder geistige Genüsse überhaupt nichts übrig. (Stürmischer Widerspruch, Choral-Rufe, Hurra: Was ist das Bier tüchtig!) Wir müssen doch daran denken, daß in Deutschland Hunderttausende von Menschen ein Einkommen von unter 300 M. haben, das steuerfrei bleiben muß. (Zuruf: ungerechter weisel) Es fragt sich, ob es ungerechterweise ist, was bleibt aber nach Abzug der notwendigen Genußmittel beim kleinen Mann übrig, während der kleine Mann nichts hat. (Erneuter stürmischer Widerspruch.)

Dieser Gesichtspunkt hat man glücklicherweise auch in Regierungskreisen Anerkennung gefunden. (Zuruf: Leider, leider!) Die Regierung steht auf dem richtigen Standpunkt, und ich bin ein Mann der Theorie und Wissenschaft. (Stürmischer Hochgelächter.) Waschen Sie nicht darüber! Die Theorien, die Sie verfechten, sind

auf Ihre eigenen kleinen Ansichten zugeschnitten. (Erneuter stürmischer Widerspruch.) Sie sind nicht zugeschnitten nach dem, was die Wissenschaft will. (Gelächter.) Das ist sicher, daß der Plan der Regierung, nicht wieder auf indirekte Verbrauchssteuern alles zu legen, ein gerechter und zweckmäßiger Plan ist. Warum wählt man die Erbschafts- und Nachlasssteuer? Weil man sich sagt, daß die Patrimonialbeiträge nicht erhöht werden können. Direkte Steuern im Reich können wir sonst nicht einführen, und es bleibt keine andere Steuer übrig. (Zuruf: Zugabe!) Mit der Zugabe werden Sie nichts erreichen, außerdem wird sie nichts einbringen. (Zuruf: Kohle, Kohle!) Wenn Sie die Kohle besteuern, werden Sie auch nicht den eigentlichen Besitz als solchen treffen, der getroffen werden soll. (Stürmischer Widerspruch.)

Was gegen die Erbschaftsteuer eingebracht werden sollte, halte ich nicht für richtig. Ich habe das seit langen Jahren als Mann der Wissenschaft vertreten. (Lachen.) Ich glaube, die große Mehrheit meiner theoretischen Hochgelehrten für mich zu haben. (Stürmischer Hochgelächter.) Darauf legen Sie keinen Wert, das weiß ich, ich berufe mich aber auf die Praxis. Welche Staaten haben die Erbschaftsteuer eingeführt? England, das die höchste Einkommensteuer hat. (Zuruf: Aber es hat keine Vermögenssteuer!) Nun, die Erbschaftsteuern bringen in England allein 400 Millionen. In Frankreich sehen Sie denselben egoistischen Kampf der Willigen gegen die Verteuerung des Besitzes. (Stürmischer Choral-Rufe.) Vorzugsweise lehnt sich dort die Bourgeoisie dagegen auf. Außerdem hat Frankreich andere Steuern, die kolossal wirken. Und gehen Sie nach Oesterreich, da haben Sie eine neue Einkommensteuer und außerdem die Erbschaftsteuer. Die hier vorgebrachten Einwendungen führen man auch dort an, trotzdem wurde die Erbschaftsteuer angenommen. (Beider!) Was Professor Gerlach aus dem Muffah Garnaad verlas, halte ich für völlig berechtigt. (Stürmischer Widerspruch.) Ich wage zu sagen, daß

die Regierungsvorlage das Richtige trifft.

Das Verrecht nicht anders da als das gewöhnliche Privat-eigentumsrecht. (Widerpruch.) Es ist nicht so ohne weiteres nach der geschichtlichen Entwicklung eine reine Konsequenz, es ist in der Tat eine besondere Schöpfung der Rechtsbildung, und dieser Rechtsbildung wird der Schutz des Staates erteilt. Man sagt, die Deszendenten und Abkömmlinge sollten nicht besteuert werden. Ich